



HESSISCHER LANDTAG

03. 01. 2022

Kleine Anfrage

**Torsten Felstehausen (DIE LINKE), Jan Schalauske (DIE LINKE) und
Heidemarie Scheuch-Paschkewitz (DIE LINKE) vom 24.11.2021**

Rodungen für die A 49

und

Antwort

Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen

Vorbemerkung Fragesteller:

Seit gut einem Jahr sind die Rodungsarbeiten im Dannenröder Forst für den Weiterbau der A 49 abgeschlossen, am 8. Dezember 2020 fiel auf der Schneise der letzte Baum. Nach einer von der Aktionsgemeinschaft Schutz des Ohmtals, der Schutzgemeinschaft Gleental und den Parents for Future Deutschland in Auftrag gegebenen Vermessung der Rodungsflächen im Dannenröder Forst, seinen mehr als fünf Hektar und damit ca. 25 % mehr als nach Planfeststellungsbeschluss erlaubt, gefällt worden.

Vorbemerkung Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:

Die Zuständigkeit für die Planung, den Bau und den Betrieb von Bundesautobahnen ist mit Wirkung vom 01.01.2021 zur Autobahn GmbH des Bundes gewechselt. Davon unabhängig ist das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen weiterhin Planfeststellungsbehörde für die Autobahnen in Hessen. Auf die Einhaltung der im Planfeststellungsbeschluss enthaltenen Auflagen und Nebenbestimmungen vor Ort zu achten und diese zu kontrollieren, ist hierbei gemäß § 4 des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) Aufgabe des öffentlich-rechtlich tätigen Vorhabenträgers. Dies ist die Autobahn GmbH des Bundes, die durch den Bund u.a. in Bezug auf die Aufgabe des Baus von Autobahnen durch Gesetz beliehen wurde und im Falle der A 49 durch die DEGES vertreten wird.

Die Beantwortung zu den Fragen 1 und 3 bis 5 ist durch das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) zur Verfügung gestellt und unverändert übernommen worden.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Trifft es zu, dass im Flurstück Lehrbach 1/9 insgesamt 48.050 m² gerodet wurden?

Nein, dies trifft nicht zu. Im Flurstück Lehrbach 1/9 wurden, wie im Planfeststellungsbeschluss festgestellt, 41.157 m² Wald gerodet.

Frage 2. Wie viele Quadratmeter hätten laut Planfeststellungsbeschluss gerodet werden dürfen?

Dem Planfeststellungsbeschluss entsprechend durften im Flurstück Lehrbach 1/9 41.157 m² gefällt werden, dies ergibt sich aus den planfestgestellten technischen Lageplänen, den planfestgestellten Plänen zum Bauwerksverzeichnis und den Maßnahmenplänen des LBP (Landschaftspflegerischer Begleitplan), dem Bestands- und Konfliktplan des LBP sowie weiteren planfestgestellten Unterlagen. In diesen Unterlagen wird jeweils eindeutig dargestellt, dass die ursprünglich bewaldeten Flächen bau- und anlagebedingt gerodet werden müssen. Rodungen sind in diesem Umfang erfolgt.

Soweit in der Begründung des Planfeststellungsbeschlusses die dauerhaften Rodungen auf dem Flurstück 1/9 nicht in der entsprechenden Tabelle dargestellt wurden und dann in der Berechnung nicht berücksichtigt wurden, handelt es sich um einen offensichtlichen Fehler im Sinne des § 42 HVwVfG, der keine Auswirkungen auf die Wirksamkeit der Entscheidung hat.

- Frage 3. Was sind die Gründe für die Überschreitung der planfestgestellten Rodungsfläche?
- Frage 4. Wann wurde die Inanspruchnahme und Rodung weiterer Flächen der zuständigen Behörde angezeigt, bzw. wann wurde sie davon unterrichtet?
- Frage 5. Hat die für die Planfeststellung zuständige Behörde der Rodung von Flächen außerhalb der Grenzen im Planfeststellungsbeschluss zugestimmt?

Die Fragen 3 bis 5 werden wegen ihres Sachzusammenhangs zusammen beantwortet.

Eine Überschreitung der planfestgestellten Rodungsfläche liegt nicht vor.

- Frage 6. Welche Maßnahmen ergreift die Hessische Landesregierung, um sicherzustellen, dass nur die Flächen gerodet werden, die auch im Planfeststellungsbeschluss gerodet werden?
- Frage 7. Wann fand die letzte Begehung der Fläche durch die für die Planfeststellung zuständige Behörde statt?

Die Fragen 6 und 7 werden wegen ihres Sachzusammenhangs zusammen beantwortet.

Für die Einhaltung der im Planfeststellungsbeschluss enthaltenen Auflagen und Nebenbestimmungen hat die Autobahn GmbH bzw. die für sie tätige DEGES im Rahmen der Bauüberwachung Sorge zu tragen. Es wird insoweit auf die Vorbemerkung verwiesen. Darüber hinaus erfolgt die Kontrolle vor Ort durch die Fachbehörden, soweit dies im Planfeststellungsbeschluss durch entsprechende Auflagen bestimmt wurde.

- Frage 8. Sind der Landesregierung weitere Flächen im Bauabschnitt der VKE 30 oder VKE 40 bekannt, in denen außerhalb des planfestgestellten Bereichs Rodungen vorgenommen wurden?
- Frage 9. Was sind die Gründe für die über den Planfeststellungsbeschluss hinausgehende Rodungen? Bitte nach Flurstücken gesondert beantworten.

Die Fragen 8 bis 9 werden wegen ihres Sachzusammenhangs zusammen beantwortet.

Der Landesregierung sind keine weiteren Flächen bekannt, in denen außerhalb des planfestgestellten Bereichs Rodungen vorgenommen wurden.

Wiesbaden, 28. Dezember 2021

In Vertretung:
Jens Deutschendorf